Aus dem Regierungsrat des Kantons Obwalden**Direkte Bundessteuer: Sofortmassnahmen im Bereich der Ehepaarbesteuerung: Stellungnahme**

Der Regierungsrat unterstützt grundsätzlich das zentrale Anliegen der Vorlage, die Diskriminierung der Zweiverdienerehepaare gegenüber den gleichsitierten Konkubinatspaaren abzuschaffen. In seiner Stellungnahme an das Eidgenössische Finanzdepartement lobt er, dass der Bundesrat seine Aussagen im Nachgang zum gescheiterten Steuerpaket 2001 mit der Ausarbeitung einer konkreten Vorlage wahr mache. Dafür brauche es seines Erachtens aber klare finanz- und steuerpolitische Rahmenbedingungen, das heisst eine inhaltlich sinnvolle Abstimmung mit allen andern steuerpolitischen Vorlagen unter Gewichtung der in den Kantonen vorhandenen gesetzlichen Grundlagen.

Unter Berücksichtigung dieser beiden Aspekte beinhalte der Vorschlag des Bundesrats einige problematische Punkte, weshalb der Regierungsrat die Vorlage des Bundesrats insgesamt ablehnt.

Er empfindet es als ungünstig, ein System zu installieren, das eine Ungerechtigkeit bei der direkten Bundessteuer scheinbar abschaffe, gleichzeitig aber neue entstehen lasse. Heute würden bei den direkten Bundessteuern alle Ehepaare in etwa gleich besteuert. Ebenso würden berufsbedingte Aufwendungen beim Einkommen berücksichtigt. Die vorgezeichnete Entlastung komme jedoch nur mehr Ehepaaren zugute, die über zwei Erwerbseinkommen verfügten. Bei Einverdienerehepaaren und bei Ehepaaren mit Einkommen aus Renten, Pensionen oder Vermögen gäbe es keine Änderung. Also würden in Zukunft auf Bundesebene Ehepaare mit gleichen gemeinsamen Einkommen unterschiedlich besteuert. Dadurch würde die Diskrepanz, die heute zwischen einem berufstätigen Konkubinatspaar und einem berufstätigen Ehepaar unzweifelhaft bestehe, im Massstab eins zu

eins auf Ehepaare mit unterschiedlicher Zusammensetzung der Einkommensteile übertragen.

Eine weitere Ungerechtigkeit bedeute der Ansatz, einen Teil der Ausfälle über eine Tarifänderung bei den Alleinstehenden wettzumachen. Im Vergleich zu den Zweipersonenhaushalten leisteten die Alleinstehenden bereits prozentual höhere Steueranteile. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit sei bei den Alleinstehenden aber nicht doppelt so hoch wie jene eines Paares mit gleichem Einkommen.

Aus der Sicht des Kantons Obwalden hält der Regierungsrat fest, der Kanton verfüge im Bereich der Familienbesteuerung im schweizerischen Vergleich über einen guten Standard und ein familienfreundliches Umfeld. Zu diesen Errungenschaften gelte es aus standortpolitischen Überlegungen Sorge zu tragen. Durch die mit der Vorlage neu geschaffenen Ungerechtigkeiten bei der direkten Bundessteuer würde der im Kanton gute Standard betreffend Familienfreundlichkeit im Steuerbereich relativiert. Insgesamt ginge mit der Einführung der vorgeschlagenen Sofortmassnahmen im Bereich der Ehepaarbesteuerung eine Senkung der steuerlichen Attraktivität einher, was dem Ziel regierungsrätlicher Politik zuwiderlaufe. Im Sinne eines Gegenentwurfs sei ein Teilsplitting-Modell, das sich an den Vorschlägen der Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren orientiere, zu bevorzugen.